

Ä21 Tax the West statt Frust für den Rest!

Antragsteller*in: Lina Katharina Kornmüller (KV Jena)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 3 bis 20:

~~35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Republik noch immer von strukturellen Ungleichheiten geprägt. Diese Unterschiede orientieren sich noch immer an der ehemaligen Grenze zwischen DDR und BRD. Schuld daran ist auch ein vermesselter Transformationsprozess, bei dem ostdeutsche Perspektiven und Bedürfnisse ignoriert wurden. Statt auf Augenhöhe auszuhandeln, wie dieser neue gemeinsame Staat aussehen soll, wurde dem Osten das System der BRD übergestülpt. Fortschrittliche Aspekte, wie z.B. beim Abtreibungsrecht, bei der Kinderbetreuung oder bei der Festschreibung von sozialen Grundrechten, wurden nicht berücksichtigt.~~

~~Mit Elitenimporten aus Westdeutschland wurde der Osten nach neoliberalen Vorstellungen und ohne Rücksicht auf die Strukturen vor Ort privatisiert und ausverkauft. Mit hohen Kosten für die Menschen im Osten: Jobverlust und Statusverlust, reduzierte Frührente und Aberkennung von Abschlüssen.~~

~~Die Folgen sind bis heute deutlich spürbar. Ostdeutschland ist im Vergleich zum ehemaligen Westen überproportional von Abwanderung betroffen. Fehlende Infrastruktur, medizinische Versorgung oder ein mangelnder Zugang zu kulturellen Angeboten sind knallharte Realität. Bis heute wohnen Ostdeutsche bei Wessis zur Miete.~~

Als mit dem 3. Oktober 1990 die DDR im Zuge der Wiedervereinigung endete, waren weitreichende Veränderungen und Umstrukturierungen für die Menschen vor Ort noch lange an der Tagesordnung. Nicht selten stellte sich Frustration, gefüttert von weitreichenden Privatisierungen, massiven Jobverlusten und mangelnder Mitbestimmung, im Transformationsprozess ein. Der hohe Arbeitslosigkeit führte bei Betroffenen nicht nur zu finanziellem Verlust, sondern häufig auch zu Statusverlust, mangelndem Selbstwert und schwindendem Zugehörigkeitsgefühl. 35 Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen weiterhin erhebliche strukturelle Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland. Fehlende Infrastruktur, medizinische Versorgung oder ein mangelnder Zugang zu kulturellen Angeboten sind knallharte Realität in Ostdeutschland.

Von Zeile 24 bis 27:

~~Seit der Wende finden ostdeutsche Biographien kaum politisches Gehör. Ganz im Gegenteil! In der aktuellen Bundesregierung gibt es gerade mal drei ostdeutsch sozialisierte Minister*innen, die Quote bei Leitungspositionen in Justiz und Wirtschaft ist mit gerade einmal 2-4% noch viel geringer.~~

Ostdeutsche Biographien sind sowohl in politischen Ämtern, als auch in Führungspositionen allgemein unterrepräsentiert und Aufstiegshindernisse wirken weiterhin. Auch die Firmensitze von DAX-Unternehmen sind in Ostdeutschland nicht zu finden.

Begründung

Einige der Formulierungen im Ausgangstext habe ich als zu einseitig und plakativ gewählt empfunden, welches der Debatte meiner Meinung nach nicht hilft. Der ÄA versucht viele der genannten Inhalte aufzugreifen, sie aber etwas differenzierter zu beschreiben.